

Vollbeschäftigung dank Staatsbanken

Vollbeschäftigung ist wichtig für die KMU

Es gibt Erfreuliches zu berichten. Der Schweizer Gewerkschaftsboss Serge Gaillard hat erkannt, dass Vollbeschäftigung eine sinnvolle wirtschaftspolitische Zielsetzung für eine Volkswirtschaft ist. Lesen Sie dazu das beiliegende E-Mail, welches ich Herrn Gaillard gesandt habe.

Diese Nachricht ist besonders für die in den letzten Jahren arg gebeutelten KMU und ihre Mitarbeitenden hervorragend. Würde tatsächlich Vollbeschäftigung herrschen, dann müsste der Mittelstand nicht mehr all jene Arbeitslosen finanzieren, die von den Grosskonzernen in immer kürzeren zeitlichen Abständen und steigender Anzahl „produziert“ werden. Auch würde es keine Wirtschaftskrisen mehr geben, in welchen Hunderttausende von „kleinen Leuten“ ihr ganzes Vermögen verlieren. Vollbeschäftigung bedeutet nämlich für Kleinunternehmer und ihre Angestellten, dass immer genügend Arbeit vorhanden ist und sie sich nicht vor Wirtschaftskrisen zu fürchten brauchen.

Die Sache mit den Mindestlöhnen und Mindestpreisen

Was Arbeitgeberverbände, Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschaften offenbar noch nicht verstanden haben, ist folgende Tatsache:

MINDESTLOEHNE SIND OHNE
MINDESTPREISE NICHT MÖGLICH

Diesen Sachverhalt habe ich kürzlich mit den Absolventen einer kaufmännischen Berufsschule besprochen. Diese jungen Menschen haben sofort verstanden, dass eine Unternehmung, die aufgrund eines brutalen Wettbewerbs gezwungen ist, ihre Preise immer mehr zu senken, unmöglich Mindestlöhne garantieren kann, wenn das Unternehmen gleichzeitig wirtschaftlich überleben will.

Es ist zu hoffen, dass Wirtschaftswissenschaftler, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände diesen einfachen Zusammenhang auch bald verstehen werden.

Der Getreidespeicher als Metapher für Demokratie

Im ebenfalls beiliegenden Artikel aus der deutschen Wochenzeitung „DIE ZEIT“ können Sie nachlesen, dass doch auch Wirtschaftswissenschaftler langsam wieder auf den Geschmack der Demokratie kommen. Je ein Volkswirtschaftler aus Deutschland und den USA nehmen in diesem Artikel den Gedanken des Getreidespeichers auf, welchen ich in

meinem Buch „Die Uhr“ detailliert geschildert habe (das Buch können Sie unter www.zeitmensch.ch bestellen).

Dennoch wird der EURO immer mehr privatisiert

Per 19. Juli 2005 sind die Staatsbanken in Deutschland faktisch abgeschafft worden. Dies bedeutet, dass in Deutschland (wie bereits verbreitet im ganzen EUROLAND) nur noch private Geschäftsbanken berechtigt sind, Geld zu drucken (Kredite zu schöpfen) und in Umlauf zu bringen. Das Geldsystem in Europa ist damit bald vollständig privat (feudalistisch) und nicht mehr staatlich (demokratisch legitimiert) organisiert.

In den USA ist das Geldsystem seit Generationen privat und nicht staatlich organisiert. Dies wurde immer wieder kritisiert. So hat sich zum Beispiel John F. Kennedy, als Präsident der USA kurz vor seinem Tod erlaubt, eigene staatliche Banknoten herauszugeben, um dadurch die private und selbstherrliche Geldmacht zu brechen.

Auch der französische Staatsmann De Gaulle war 1968 mit den USA überhaupt nicht mehr einverstanden. Auch De Gaulle wollte in Frankreich durch demokratisch legitimierte (staatliche) Banken die private (feudalistische) Geldausgabe aufheben. De Gaulle erkannte wie Kennedy, dass sie in ihrer Rolle als Präsidenten eines demokratischen Staates nicht einzelnen Bürgern das Privileg der Geldschöpfung übertragen durften. In einer Demokratie darf nur der Staat selbst Geld drucken (Kredite schöpfen). Davon waren Kennedy und De Gaulle überzeugt.

Auch bei uns werden bewährte Weisheiten einfach über Bord geworfen

Vor 150 Jahren haben wir in der Schweiz damit begonnen die Kantonalbanken zu gründen, um dem bis dahin feudalistisch privat geprägten Geldsystem gehörige demokratisch legitimierte Konkurrenz entgegenzusetzen. Heute schaffen auch wir die Kantonalbanken ab und tun damit genau das Gegenteil von dem, was Gottfried Keller vor 150 Jahren gefordert hat, als man die Zürcher Kantonalbank gegründet hat. Keller sagte damals:

Wir brauchen diese Staatsbank [Zürcher Kantonalbank], um den Wucher [den Zins] zu bekämpfen, den Privatbanken heilsame Konkurrenz entgegen zu stellen und den mittleren und kleineren Gewerbestand vor der Ausbeutung durch die in erster Linie auf eigenen Nutzen [Gewinne und Managerlöhne

Vollbeschäftigung dank Staatsbanken

maximieren] bedachten Privatbanken zu schützen.

Gottfried Keller, um 1850 –zur Gründung der Zürcher Kantonalbank

In der Schweiz und anderswo in Europa sind in den vergangenen 15 Jahren offenbar immer mehr Politiker zur Ansicht gelangt, dass diese Weisheiten nicht mehr gültig sind. Doch scheint es, dass nun sanft und zaghaft ein Umdenken einsetzt. Wenn wir Glück haben, denkt die Mehrheit der Politiker noch um, bevor in Europa Revolutionen einsetzen, weil die einzelnen Nationalstaaten abgeschafft und grenzenlos privatisiert worden sind.

Wie freie Marktwirtschaft zu unfreier, privater Machtwirtschaft geworden ist

Es sind nämlich nicht nur die Banken privatisiert (feudalisiert) worden. Auch das, was Adam Smith eigentlich unter freier Marktwirtschaft verstanden hat, wurde inzwischen in eine unfreie privatisierte Machtwirtschaft umgestaltet.

Zwar wurden den Europäern freie Märkte versprochen. Was inzwischen tatsächlich realisiert wurde, sind die unfreiesten Märkte in der Geschichte unseres Kontinentes. Früher hat man unter freier Marktwirtschaft den freien Zugang auf die physisch vorhandenen Marktplätze in den Städten und Dörfern verstanden. Jene Plätze also, auf denen die Produzenten und Konsumenten sich getroffen haben, um den Warentausch (Verkauf - Kauf) abzuwickeln. Zudem herrschte auf diesen Märkten ein reger Informationsaus-tausch. Diese Marktplätze waren früher in den Händen aller Bürger (demokratisch) und damit der Zugang für alle gewährleistet. Die heutigen Marktplätze sind jedoch im Besitz von wenigen Privaten (Feudalherren).

Auch befinden sich die heutigen Marktplätze nicht mehr auf den physisch vorhandenen Plätzen in den Städten. Die Marktplätze sind durch Printmedien, elektronische Medien (Werbegefässe und Werbeflächen) und durch die Regale in den Warenhäusern ersetzt worden. Die regionalen Märkte sind also heute für die regionalen Anbieter nicht mehr ohne weiteres frei zugänglich. Sie sind im Besitz von zentralisierten privaten Medienkonzernen, welche oft - wie im Falle von Silvio Berlusconi - gleichzeitig auch noch im Besitz der Grossverteiler sind. Diese entscheiden welche Anbieter Zugang zum Markt haben und welche nicht.

Wenn die Politiker den Sinn demokratisch legitimierter Staatsbanken wieder verstanden haben, dann werden sie sich dringend der

Frage der freien Marktwirtschaft (für alle Produzenten frei zugängliche staatliche Marktplätze) wieder widmen müssen. Es könnte jedoch sein, dass sie die unfreie Machtwirtschaft durch private Feudalherren einer demokratisch organisierten Wirtschaft vorziehen. Dann – das hat die Geschichte gezeigt – werden Revolutionen unumgänglich sein.

Die Idee, in Deutschland und in der Schweiz die Strassen zu privatisieren ist unfreisinnig. Es ist genau das Gegenteil von dem, was wir vor 150 Jahren gemacht haben, als wir tatsächliche Demokratie eingeführt und die Strassen verstaatlicht haben. Es könnte sein, dass wir auch in bezug auf Grossverteiler und Medienkonzerne die Analyse (Feudalismus/Demokratie) nochmals machen müssten. Zumindest dürfte man erwarten, dass dies jene tun, welche dauernd freie Märkte fordern.

Wer das Buch „access“ von Jeremy Rifkin gelesen hat, wird jetzt bestimmt besser verstehen, was Rifkin meint, wenn er sinngemäss sagt: Die Menschen (Demokratien) werden nicht mehr besitzen, sondern nur noch Zugang haben (Zugang zum Besitz weniger privater Feudalherren, gegen Bezahlung von: Regalgebühren, Inseratengebühren, usw.).

Verwirrung durch ihrem Sinn entfremdete Worte

Sie sehen also, die Dinge wären ganz einfach, wenn die Worte nicht so falsch wären – oder falsch verstanden würden. Deshalb gilt nach wie vor, was Konfuzius gemeint hat und ich möchte gerne mit der positiven Formulierung seines Satzes schliessen:

Sind die Worte wieder richtig, dann werden die Urteile wieder klar sein, dann werden die Werke wieder gedeihen, dann werden die Strafen wieder das Richtige treffen und das Volk wird wieder wissen, wo Hand und Fuss hinstellen.

Den Politikern, Wissenschaftern und allen Menschen die guten Willens sind zu helfen, die Worte wieder richtig zu verstehen, dafür werde ich mich auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen. Herzlichen Dank, dass Sie mich dabei unterstützen.

Es chont scho guet, wenn mers guet mached.

Ivo Muri